

## SVR Hongkong

Günter Schucher und  
Katrin Willmann

### Wahlrechtsreform gescheitert

Am 21. und 22. Dezember 2005 scheiterten die beiden Vorschläge der Regierung der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong für eine Wahlrechtsreform an der geforderten Zweidrittelmehrheit im Parlament, der Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo). Von den insgesamt 60 Abgeordneten stimmten lediglich 34 für den Entwurf. Mit 24 Gegenstimmen und einer Enthaltung lehnte das prodemokratische Parteienlager, inklusive der parteiunabhängigen prodemokratischen Abgeordneten, die Reformvorschläge zur Wahl des nächsten Regierungschefs (*Chief Executive*) 2007 und des LegCo 2008 ab.

Grundlage für die Vorschläge war der Abschlussbericht der *Taskforce* zur konstitutionellen Entwicklung, den sie am 19. Oktober 2005 nach 18-monatigen Konsultationen veröffentlicht hatte (vgl. C.a., 6/2005, Dok 31). Als Kernpunkte des Papiers sollten die Mitgliederzahl im Wahlkollegium, das den *Chief Executive* wählt, auf 1.600 verdoppelt und die Zahl der Parlamentssitze von jetzt 60 auf 70 erhöht werden. Dabei sollten die eine Hälfte der Sitze weiterhin indirekt und die andere Hälfte direkt gewählt werden. Die Reformvorschläge wurden vom prodemokratischen Parteienlager heftig kritisiert und eine Ablehnung im LegCo im Vorfeld angekündigt.

Angesichts der drohenden Niederlage unternahm der *Chief Executive* am 1. Dezember 2005 erstmalig den Schritt vor die Fernsehkameras, um in einer kurzen Rede für die Zustimmung zu seinem Reformpaket zu werben und vor den Folgen einer Ablehnung zu warnen. Drei Tage später demonstrierten jedoch etwa 63.000 bis 250.000 Hongkonger Bürger (je nach Schätzung der Hongkonger Polizei bzw. der Veranstalter) für ein demokratischeres Wahlsystem. So viele Unterstützer konnte die Demokratiebewegung seit den Juli-Protesten 2003 und 2004 nicht mehr mobilisieren. Prominente Unterstützung erhielten die Demonstranten überraschenderweise durch die frühere *Chief Secretary of Administration* Anson Chan. Chan war während der Ausübung ihres politischen Amtes als „gutes Gewissen Hongkongs“ und Verfechterin der Hongkonger Autonomie und Pressefreiheit bekannt gewesen. Im Januar 2001 war sie vorzeitig als Verwaltungschefin zurückgetreten und hatte sich von der politischen Bühne zurückgezogen (vgl. C.a., 2001/1, Ü 35). Ob sie sich mit ihrer öffentlichen Forderung nach schnellstmöglicher Einführung von Direktwahlen wieder als Politikerin zurückmelden oder sogar als ernstzunehmende Gegnerin Donald Tsangs ins Spiel bringen wollte, wurde in den Hongkonger Medien ausführlich diskutiert.

*Chief Secretary* Rafael Hui zeigte angesichts der bevorstehenden Ablehnung der Reformvorschläge bei einem weiteren Kritikpunkt Entgegenkommen und unterbreitete Vorschläge für Modifikationen bei der Wahl der Bezirksräte (*District Councils*). So stellte er noch wenige Tage vor der Abstimmung

im LegCo in Aussicht, die Zahl der ernannten Bezirksräte als Mitglieder im Wahlkollegium bis 2008 zu reduzieren und gegebenenfalls bis 2012 oder 2016 ganz streichen.

Sowohl die Regierungsseite als auch die Opposition proklamierte ihre Entscheidung als konform mit der öffentlichen Meinung. Während das prodemokratische Lager seine Ablehnung insbesondere mit dem Fehlen eines Zeitplans für die Einführung allgemeiner Direktwahlen begründete, rechtfertigte die Hongkonger Regierung ihre Vorschläge als den einzig möglichen Weg, ohne Widerstand der parteistaatlichen Führung das gemeinsame Endziel erreichen zu können. Umfragen wie die des unabhängigen Thinktanks Civic Exchange zeigten vor der Parlamentsabstimmung, dass die Hongkonger Bevölkerung zwar an ihrem Wunsch nach Direktwahlen festhalten möchte, eine Ablehnung der Reformvorschläge jedoch nicht gänzlich unterstützte.

*Chief Executive* Donald Tsang kündigte als Ergebnis seiner Niederlage an, bis zum Ende seiner Regierungszeit 2007 keine weiteren Vorschläge mehr für eine Modifikation des Wahlrechts zu unterbreiten. Stattdessen werde er sich auf die Bearbeitung wichtiger Themenfelder in der Hongkonger Politik, namentlich Wirtschaft und Soziales, konzentrieren. Die parteistaatliche Führung in Beijing hielt sich mit ihrer Kritik an den demokratischen Kräften in Hongkong und der Niederlage Donald Tsangs sehr zurück. Für sie dürfte der Reformstau hinsichtlich einer weiteren Demokratisierung des Hongkonger Wahlsystems kaum ungelegen sein.

Aus Sicht der Demokraten hätten wohl keine „kosmetischen Änderungen“, sondern

ein klareres Votum für die Einführung von Direktwahlen bis 2012 diese Krise abwenden können. Als vorläufiges Resümee lässt sich ziehen, dass die demokratischen Kräfte ihren entschiedenen Willen, Direktwahlen durchzusetzen unterstützt durch das Votum der Demonstranten, klar zum Ausdruck bringen konnten. Die rigide Ablehnung des Reformpakets der Regierung, das immerhin Minimalschritte beinhaltete, dürfte die prodemokratischen Kräfte in der SVR ihrem Ziel jedoch keineswegs näher gebracht haben. Nun sind selbst für 2007/2008 Änderungen im Wahlrechtssystem auf Eis gelegt und die Fronten zwischen dem demokratischen Lager und der Regierung auch jetzt unter *Chief Executive* Donald Tsang verhärtet. Tsang wiederum konnte zwei wichtige Gesetzesvorlagen nicht durchbringen. Alle Hoffnungen auf eine Fortführung des Demokratisierungsprozesses liegen nun auf der Kommission zur strategischen Entwicklung, die Tsang als neuer Regierungschef wiederbelebt hat (vgl. C.a., 6/2005, Dok 29). (NZZ, 4.12.05; IHT, 4., 22.12.05; RTHK, Radio 3, 18.12.05, nach BBC PF, 19.12.05; WSJ, 5.12.05; SCMP, 1., 4., 10., 11., 19., 22., 28.12.05; ST, 22.12.05; www.civic-exchange.org) -kw-

### **Neue Entwicklungen bei den politischen Kräften nach dem Scheitern der Wahlrechtsreform**

Das politische Leben scheint im Zuge der Ablehnung der Vorschläge für eine Wahlrechtsreform der Hongkonger Regierung durch das Parlament, die Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo) Ende De-

zember 2005, neue Impulse zu bekommen. Das prodemokratische Parteienlager hatte zusammen mit den prodemokratischen unabhängigen Abgeordneten erstmals von seinem großen Stimmenanteil Gebrauch gemacht und konnte damit eine benötigte Zweidrittelmehrheit für die Wahlrechtsreform verhindern (siehe dazu die Dokumentation oben).

Die prodemokratische politische Gruppierung Article 45 Concern Group gab am 1. Dezember 2005, als die Reformvorschläge der Regierung bereits veröffentlicht und heftig kritisiert worden sind, bekannt, im März 2006 eine neue Partei gründen zu wollen. Ziel sei, auch andere prodemokratische Kräfte in einer Partei zu bündeln. Damit würde sich neben der Democratic Party eine zweite große prodemokratische Partei in der Sonderverwaltungsregion etablieren. Die Article 45 Concern Group war erstmalig zu den LegCo-Wahlen im September 2004 als eigene politische Kraft angetreten und konnte sogleich Erfolge erzielen. Sie ist seither mit vier Abgeordneten im LegCo vertreten (vgl. C.a., 2004/9, S. 1005-1014).

Große Hoffnungen setzte die neu zu gründende Partei auf die Wahl der Bezirksräte (*District Councils*) Ende 2007. Gemeinsam mit anderen prodemokratischen Gruppierungen wolle sie außerdem entscheiden, ob sie einen eigenen Kandidaten für die Wahl des Regierungschefs, den *Chief Executive*, 2007 stellen werde. Weiterhin strebe sie an, die stärkste prodemokratische Partei zu werden, wie die Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* Ronny Tong, Mitglied der Article 45 Concern Group, zitierte. Derzeit besteht die Gruppierung noch aus

40 Mitgliedern. Im Gegensatz dazu zählt die Democratic Party als bislang stärkste prodemokratische Partei ca. 700 Mitglieder. Trotzdem sehen einige Mitglieder der Democratic Party die neu zu formierende Partei nach eigenen Angaben durchaus als eine Herausforderung an.

Die Formierung einer zweiten prodemokratischen Partei könnte der Zersplitterung unter den demokratischen Kräften ein Ende setzen, den Hongkonger Bürgern eine echte Wahlalternative bieten und das demokratische Parteienlager insgesamt stärken. So scheint es nach dem Scheitern der Wahlrechtsreform umso dringlicher, dass die Hongkonger Demokraten gemeinsam Alternativvorschläge für die Modifikation des Wahlrechts und den Zeitplan erarbeiten, dabei argumentativ gut gewappnet sind und möglichst viele Hongkonger Gesellschaftsschichten in die Diskussion miteinbeziehen. Hatten doch die Großdemonstrationen anlässlich der Vorschläge zur Wahlrechtsreform der Regierung Anfang Dezember 2005 den Wunsch der Bevölkerung nach mehr Demokratie erneut deutlich zum Ausdruck gebracht. Das aktive Einbringen in weitere aktuelle Politikfelder dürfte ebenfalls dazu beitragen, dass das prodemokratische Parteienlager weiter an politischem Profil gewinnt (SCMP, 2., 3.12.05, 8., 23.1.06) -kw-

## **Gewaltsame Proteste anlässlich der WTO-Konferenz**

Die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) hielten ihre jährliche Ministerkonferenz vom 13. bis 14. Dezember 2005 in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hong-

kong ab. Im Konferenzzentrum verhandelten die 5.800 Delegierten aus 149 Nationen unter größten Sicherheitsvorkehrungen. Ein Drittel der Hongkonger Polizeikräfte, insgesamt 9.000 Polizisten, waren zu diesem Großereignis abkommandiert worden. Bereits seit einem Jahr hatte sich die SVR auch auf mögliche gewaltsame Zusammenstöße mit den Demonstranten vorbereitet. Visa für einschlägig bekannte Unruhestifter wurden nicht erteilt, die Ausstattung der Hongkonger Polizei aufgestockt und verbessert.

Wenngleich die mehrtägigen Proteste weitaus weniger gravierende Folgen wie 1999 in Seattle oder 2003 in Cancun nach sich zogen, wurden bei den gewaltsamen Demonstrationen am 17. Dezember doch 175 Menschen verletzt, darunter waren 64 Polizisten. Nach Zeitungsberichten soll die Hongkonger Polizei daraufhin mehr als 1.100 Demonstranten inhaftiert haben. Bis auf 14 Personen wurden alle am Folgetag wieder freigelassen. Nur drei von ihnen wurden letztendlich wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht angeklagt.

Obwohl einige Menschenrechtsgruppen den Umgang mit den Demonstranten kritisierten, zeigten sich die Hongkonger Regierung und auch die internationale Berichterstattung insgesamt zufrieden mit der Planung, Vorbereitung und Ausrichtung der Konferenz. (SCMP, 16.2., 14.12.05, 12., 18.1.06; *The Standard*, 15.6.05; IHT, 11.12.05, 9.1.06; XNA, 18.12.05; WSJ, 20.12.05) -kw-

## Steigende Zahl von Hongkonger Beschäftigten in der VR China

Nach jüngsten Angaben der Hongkonger Zensus- und Statistikbehörde arbeiten 7% der Hongkonger Arbeitskräfte in der VR China, 75% von ihnen sind Männer. Insgesamt stieg die Zahl der in der VR Tätigen innerhalb der letzten zehn Jahre von 2.300 auf 237.500 an. Die Untersuchung, die von Januar bis März 2005 durchgeführt wurde, ergab bei 96,4% ein mittleres Einkommen von 16.000 HKD (2.065 USD); dieses lag damit weit höher als das Hongkonger Durchschnittseinkommen von 10.000 HKD (1.291 USD). 15,3% der Hongkonger in der VR sind als Unternehmer, 77,9% als Angestellte tätig, davon wiederum 91% in Hongkonger Unternehmen.

Die Mehrzahl arbeitet in den Regionen rund um Hongkong, und zwar 87,3% in der Provinz Guangdong, dabei 38% in Shenzhen und 29,5% in Dongguan. Bei den anderen stellen Shanghai und Beijing die Hauptarbeitsplätze. Die Untersuchung ergab außerdem eine hohe Frequenz des Pendelns: 31,2% reisen mehr als 50-mal im Jahr zu ihrer Arbeitsstätte, 34,6% zwischen 20- und 49-mal.

Als Gründe für die Tätigkeit in der VR nannten 85,1% die Arbeitsanforderungen, andere betonten „bessere Karriereaussichten“ und „leichtere Jobsuche“. 50,4% gaben an, sie hätten keine Probleme mit der Beschäftigung in China, 12,6% allerdings nannten Schwierigkeiten durch die Trennung von ihren Familien (XNA, 30.11.05). -gs-

## Drogenkonsum bei Schülern

Eine Untersuchung des Action Committee Against Narcotics (ACAN) und der Narkotika-Abteilung des Sicherheitsbüros zum Drogenkonsum unter Schülern der Sekundarstufe, die Ende November 2005 veröffentlicht wurde, ergab für 2004 im Vergleich zum Jahr 2000 eine geringere Zahl von Konsumenten. Die Untersuchung wird alle vier Jahre durchgeführt, um die Gründe für Drogennahme unter Schülern zu ermitteln und Strategien zur Bekämpfung von Drogenkonsum zu entwickeln. Auf der Grundlage von über 95.000 Fragebögen wurde ermittelt, dass 0,9% derjenigen, die angegeben hatten, sie hätten in den 30 Tagen vor dem Ausfüllen Drogen genommen, Heroin und 2,1% psychotropische Drogen benutzt hatten – 0,3% bzw. 0,7% weniger als 2000. Die gebräuchlichsten psychotropischen Drogen waren Ketamine (53,2%), Cannabis (50,7%), Ecstasy (46,5%) und Hustenmedizin (20,6%). Positiv hob der ACAN-Vorsitzende Dr. Choi hervor, dass die Ergebnisse auch zeigten, dass ca. 97% der Schüler niemals Drogen genommen hätten.

Auch generell scheint entsprechend der Anzahl der Festnahmen der Konsum von Ketaminen und Heroin zurückgegangen zu sein. Zugleich verzeichnete die Narkotika-Abteilung eine ständige Zunahme der Kokaindelikte. Im Jahre 2005 wurden 197 Personen wegen der Vergehen im Zusammenhang mit Kokain festgenommen, gegenüber 103 im Vorjahr und 59 im Jahr 2003. Ein Grund dafür sei der gestiegene Import aus Südamerika und das Suchen der Dealer nach neuen Märkten (SCMP, 23.11., 24.12.05).  
-gs-

## Reform des Bildungssystems soll überprüft werden

Gegen den Widerstand des Bildungsministers Arthur Li hat der *Legislative Council* die Regierung dazu aufgefordert, die Geschwindigkeit der Bildungsreformen zu überprüfen und die Arbeitsbelastung sowie den psychischen Stress der Lehrer zu reduzieren. Li hob hervor, dass die erste Gruppe von Studenten, die das neue 3+3+4-System durchliefen (3 Jahre untere und 3 Jahre obere Mittelschule sowie 4 Jahre Universität), erst im Jahre 2016 die Universität abschließen würden. Geplant sei der Start des neuen Systems, beginnend mit den Schülern in der Sekundarstufe 3, im Jahre 2009. Der Vorsitzende Ma Lik der Democratic Alliance for the Betterment and Progress of Hong Kong verwies dagegen auf die „ungesunde Atmosphäre“ im Bildungswesen und „abnormale“ Unterrichtsbedingungen.

Die Debatte fand kurz nach dem Selbstmord zweier Lehrer, die das Ministerium zu einigen Maßnahmen veranlasst hatte, um die Belastungen der Lehrer zu verringern. Unter anderem waren zusätzliche 1,65 Mrd. HKD genehmigt worden, um die Lehrkapazitäten zu vergrößern. Gleichzeitig soll allerdings die Umstrukturierung fortgeführt werden, die auch zur Schließung von Klassen führt (vgl. C.a., 1/2005, Dok 36; SCMP, 12., 19.1.06). -gs-